Nr. 625a
XXX. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
10. Dezember 1901

Parlaments-Ausgabe

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom 9. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Posadowsky.

Präsident **Ballestrem** eröffnet die Sitzung. Haus und Tribünen sind unbesetzt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Interpellation Dr. Arendt** (Rp.); sie hat folgenden Wortlaut: Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß **Kriegstheilnehmern,** denen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1899 die jährliche Beihilfe von 120 Mark bewilligt ist, auch gegenwärtig wieder mangels finanzieller Mittel die Auszahlung verweigert wird? Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um schleunigst und endgiltig diesem Mißstande ein Ende zu machen?

Präsident Graf **Ballestrem:**

Meine Herren! Kurz vor der Sitzung ist mir eine Mittheilung vom Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes zugegangen, daß er plötzlich und heftig **an Influenza erkrankt** ist und infolge dessen die Interpellation nicht, wie er beabsichtigt hatte, beantworten kann. Ich würde daher dem Hause vorschlagen, die Interpellation von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.):

Unter diesen Umständen ist es ja nicht möglich, die Interpellation heute zur Verhandlung zu bringen, da eine Antwort nicht erfolgen könnte; ich möchte aber dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, im Interesse der Kriegstheilnehmer, die auf die Erledigung dieser Angelegenheit im ganzen Lande warten, unter allen Umständen die Interpellation noch vor den Weihnachtsferien auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf **Ballestrem:**

Ob das unter allen Umständen geschehen wird, kann ich nicht sagen (Heiterkeit), aber wenn es irgend möglich ist, werde ich sie noch auf die Tagesordnung setzen. — Wenn also kein Widerspruch erfolgt, werde ich annehmen, daß die Interpellation von der Tagesordnung abzusetzen ist.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildet die dritte Berathung des **Gesetzentwurf betreffend die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze** längs des Przemsflusses.

Die Vorlage wird ohne Erörterung in ihren Einzelbestimmungen und in endgiltiger Schlußabstimmung a n g e n o m m e n.

Sodann setzt das Haus die erste Berathung des **Zolltarifgesetzentwurfs** fort.

Abg. Dr. **Beumer** (natl.):

Es erfüllt mich mit außerordentlicher Freude, daß ich in dem hohen Hause als Neuling meine Stellungnahme zum Zolltarif mit der Erklärung beginnen kann, daß die Industrie meines Wahlkreises, der einer der größten Wahlkreise der Monarchie ist, den aufrichtigen Wunsch hat, in der Zolltarifgesetzgebung Hand in Hand mit der Landwirthschaft zu gehen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir haben diesen Wunsch, weil wir wissen, daß, wenn ein Glied leidet, der ganze Körper leiden muß, und daß dies besonders wohl auf hygienischem wie auf volkswirthschaftlichem Gebiet der Fall ist. Wir haben dies namentlich Mitte der siebziger Jahre erfahren, in der Zeit, an die der Abg. v. Tiedemann erinnert hat, und damals hegten die bangen Befürchtungen in Erfüllung, die auch der unvergeßliche Kaiser Wilhelm I. in einem Briefe an Bismarck besprochen hat. Die innigen Beziehungen, in denen Landwirthschaft und Industrie als Produzenten und Konsumenten stehen, veranlassen die Industrie häufig, der Landwirthschaft den Schutz nicht zu versagen, den sie nöthig hat, wenn sie als bedeutsames und nothwendiges Glied in der Gesammtwirthschaft unseres Vaterlandes weiter existiren will. Wir können auch nicht zugeben, daß die Erträge der Zollpolitik lediglich in die Taschen der Produzenten fließen, durch tausend Kanäle werden die Einnahmen vielmehr vertheilt. Sie kommen auch in die Hand des landwirthschaftlichen Arbeiters wie des industriellen Arbeiters. Wir können uns den schauererregenden Berechnungen nicht anschließen, die hier vorgeführt wurden. Die Aufstellung eines angemessenen autonomen Tarifs soll uns die richtigen Grenzen zeigen zur Erlangung von Handelsverträgen, und dieser Tarif soll eine Maßnahme bilden, die für das gesammte wirthschaftliche Leben unserer Nation von Wichtigkeit ist. Was bezweckt denn der autonome Tarif? Die Herbeiführung günstigerer Bedingungen bei denjenigen Ländern, welche sich uns gegenüber jetzt nicht allein zurückhaltend zeigen, sondern uns sogar schlecht behandeln.

Die Kritik, die der Zolltarif von Seiten des Freihandels gefunden hat, scheint mir schon deshalb unzutreffend, weil sie es durchgängig so dargestellt hat, als hätten wir es mit einem Vertragstarif zu thun, während dieser uns doch erst die Mittel zum Abschluß der Handelsverträge geben soll, und da glaube ich, daß in manchen Positionen der Tarif noch nicht genügt. Ich werde das nachzuweisen suchen. Es sind einige Sätze **zu niedrig,** was nicht ausschließt, daß andere Sätze für Waaren, bei denen die Industrie auf den Bezug von Material angewiesen ist, **zu hoch erscheinen** und herabgesetzt werden können. Ich will zunächst für die **Eisen- und Stahlindustrie** feststellen, daß im Allgemeinen ein Wunsch nach Erhöhung der gegenwärtigen Zölle nicht besteht, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß durch größere Spezialisirung in Unterabtheilungen für einzelne Gegenstände höhere Zölle bedingt werden können. Die Zölle von 1879 stehen wir als das Minimum an, unter das bei dem Abschlusse von Handelsverträgen nicht herabgegangen werden kann. Um den Vertragsstaaten gegenüber an diesen Sätzen festhalten zu können, ist es nöthig, einen **Tarif mit höheren Sätzen** zu schaffen, der in gewissem Sinne den Charakter eines **Kampftarifs** tragen muß. Auf Einzelheiten einzugehen, wird ja Sache der Kommission sein, ich will aber nur hervorheben, daß bei der Regelung dieser Frage noch mehr, als in den Motiven geschehen ist, Rücksicht genommen werden muß auf die Produktionsbedingungen der mit uns in Wettbewerb stehenden Länder und namentlich auch auf die während der letzten Zeit eingetretenen Verschiebungen in den Produktionsbedingungen dieser Länder. Im Allgemeinen ist schon hervorgehoben, daß eine ganze Anzahl von Nationen, die früher für uns Käufer waren, jetzt zu Produzenten und Verkäufern geworden sind und uns nicht allein die betreffenden Industrieprodukte nicht mehr abnehmen, sondern unseren deutschen Markt auch mit solchen Produkten überschwemmen. Diese Verschiebungen sind möglich geworden dadurch, daß sich diese Länder mit höheren Zöllen geschützt haben als wir. Das ist zum Beispiel bei **Röhren** der Fall. Wir haben im Handelsvertrage für 1 Kilogramm Röhren einen Zoll von 5 Mark festgesetzt, während die wettbewerbenden Länder Oesterreich 12 Mark, Rußland 28 Mark, Frankreich 7,20 bis 14,40 Mark, Italien 9,60 bis 12,80 Mark, die Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie Kanada 30 bis 50 Prozent vom Werthe erheben. In diesen Ländern hat sich jetzt eine sehr leistungsfähige Röhrenindustrie entwickelt, die sogar Deutschland mit ihren Waaren überschwemmt. Beispielsweise haben die Amerikaner jetzt nach Süddeutschland, wie mir bekannt geworden ist, unter anderem ein Abkommen in schmiedeeisernen Röhren getroffen, wonach sie jedes Geschäft zu jedem Preise gutheißen, das mit einer deutschen Firma abgeschlossen wird. Auch in **Grobblechen** ist dasselbe der Fall. Auch Grobbleche werden in Deutschland ohne vorherige Abmachungen verkauft. Ebenso hat die österreichisch-ungarische Maschinenindustrie durch die höheren Zölle, die sie festgesetzt hat, sich in so hohem Maße entwickelt, daß unsere deutsche Maschinenindustrie dem gegenüber nicht mehr genügenden Schutz genießt, so daß uns die österreichisch-ungarische Maschinenindustrie vielfach im eigenen Lande geschlagen hat. Dazu kommt für die österreichisch-ungarische Industrie, daß sie nicht allein vielfach staatlichen Schutz genießt, indem bestimmt wird, bei staatlichen Arbeiten darf nur einheimisches Material verwandt werden, sondern der Staat schreibt vielfach auch bei kommunalen Arbeiten die Verwendung einheimischen Materials vor. Das Gleichgewicht kann hier nur durch gleiche Zollsätze hergestellt werden. Besonders berücksichtigt werden müssen ohne Zweifel auch die Lohnverhältnisse der wettbewerbenden Länder. Eine ganze Menge von Ländern, die mit uns in Konkurrenz stehen, bezahlen vielfach bedeutend niedrigere Löhne. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es wird mir zugerufen: Es giebt auch Nationen, die höhere Löhne zahlen, und dazu gehören namentlich auch die Amerikaner. (Zuruf links: Und die Engländer!) Es ist vielfach ein Axiom geworden, von **den exorbitanten Löhnen der Amerikaner** zu reden; heutzutage sind die Löhne aber vielfach gar nicht mehr so hoch. In Pennsylvanien war zum Beispiel 1898 der Lohn auf 20 Cents für die Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit zurückgegangen. Bei dem großen Streik in dem Anthracitkreier hat sich auch herausgestellt, daß die Miners 1248 Mark verdienen. Dabei sind hiervon noch die hohen Pulverpreise abzuziehen, so daß sich im Vergleich zu diesen Arbeitern die rheinisch-westfälischen Arbeiter geradezu glänzend standen. Endlich muß man doch auch berücksichtigen, daß die Lebenshaltung der Amerikaner viel theuerer ist als die unserige. Ebenso muß man bei dem Vergleich mit den deutschen Löhnen auch die Thatsache nicht vergessen, daß bei uns viel größere Rücksicht auf die **Stetigkeit der Beschäftigung** genommen wird, daß man nicht bei niedergehender Konjunktur die Arbeiter rücksichtslos weggehen läßt, sondern auf Weiterbeschäftigung der älteren Arbeiter die allergrößte Rücksicht nimmt. Das zeigt sich beispielsweise jetzt wieder bei der drohenden Arbeitslosigkeit namentlich im rheinisch-westfälischen Revier, wo die Werke eine Rücksicht walten lassen, die man in Amerika niemals walten lassen würde. Ferner sind in Amerika auch keine sozialpolitischen Einrichtungen vorhanden, so daß ein Arbeiter, der zum Beispiel seine Hand verliert, ohne weiteres auf die Straße gesetzt wird. Diese sozialpolitischen Lasten, die wir im Gegensatz zu den wettbewerbenden Ländern zu tragen haben, und die entschieden bei der Regelung unserer Zollgesetzgebung berücksichtigt werden müssen, sind in ihrer Höhe noch immer im Steigen begriffen durch den Beschluß, die Reservefonds der Berufsgenossenschaften zu erhöhen. So will man jetzt in einer Berufsgenossenschaft, in der es sich größtentheils um kleinere Unternehmer handelt, der rheinisch-westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustriebernfsgenossenschaft, den Reservefonds von 3 Millionen auf 12 Millionen Mark erhöhen, von denen 4 Millionen durch Beiträge aufgebracht werden müssen. Das wirkt bei der Depression jetzt ungeheuer ungünstig auf die kleinen Unternehmer. Diese sozialpolitische Belastung müssen wir tragen und tragen sie freiwillig. Aber wir müssen die konkurrirenden Interessen des Auslandes nicht außer Acht lassen und diese sozialpolitische Belastung jetzt bei der Regelung unserer Zollsätze in Rechnung ziehen. Daß die Verbilligung der Frachten durch Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße nebenhergehen muß, halte ich für selbstverständlich. Daß wir Handelsverträge abschließen müssen, ist schon genügend betont worden. Von verschiedenen Seiten ist die Meinung ausgesprochen worden, daß der Export in absehbarer Zeit aufhören würde. Diese Ansicht vermag ich nicht zu theilen. Ich schätze die Bedeutung des einheimischen Marktes sehr hoch, kann aber nicht zugeben, daß die deutsche Industrie den Export vor dem einheimischen Markte bevorzugt hätte. Eher ist zur Zeit der Hausse das Gegentheil der Fall gewesen.

Der Abg. Richter machte der deutschen Industrie einen Vorwurf daraus, daß sie im Auslande billiger verkaufe als im Inlande. Ich wundere mich, daß ein so kenntnißreicher Mann wie der Abg. Richter einen solchen Vorwurf erheben konnte. Das ist doch in allen Ländern der Fall; in England, in Frankreich besonders geschieht genau dasselbe. Daß **die Syndikate** ihre Fehler haben, leugnet Keiner, auch nicht die Syndikate. Das liegt aber daran, daß sie noch neue Formen des Wirthschaftslebens sind. Sie werden sich bemühen, in Zukunft solche Fehler möglichst zu vermeiden. Im Uebrigen hat beispielsweise das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zur Zeit der Kohlenknappheit eine außerordentliche Mäßigung bewiesen und die Kohlen zu billigeren Preisen verkauft, als sie in der ganzen Welt waren. Ich bin darin durchaus anderer Meinung als der Abg. Freiherr v. Heyl, mein Fraktionsgenosse. Das Kohlensyndikat hat sich in der Zeit der Kohlennoth als wohlthätig erwiesen. (Hört, hört! links.) Die Leute, die so scharfe Vorwürfe gegen dies Syndikat erhoben haben, sind die Kunden, die ihren Bedarf nicht rechtzeitig beim Syndikat gedeckt haben und nun von den Zwischenhändlern mit drei- und vierfachen Preisen geschröpft worden sind. **Wäre das Kohlensyndikat nicht gewesen, so wären die Preise drei- bis viermal so hoch gewesen.** Das hat die preußische Enquete über die Kohlennoth bewiesen. (Zurufe links.) In der Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses saßen fast ausschließlich Gegner des Syndikats. (Unruhe.) Ich möchte aber weiter feststellen, daß ein Syndikat doch noch andere Aufgaben hat, als blos die Preise zu reguliren. Ich erinnere nur an das Syndikat für Eisenbahn- und Schiffsbau. Es bemühte sich, die Verwendung größerer Tafeln und Bleche durchzusetzen. Dazu sind **Walzenstraßen** von einer Ausdehnung nöthig, die bisher nicht möglich war. Sie einzurichten, um dem deutschen Schiffsbau selbst die Schiffsbleche zu liefern, bedurfte es großer Aufwendungen. Diese Aufträge in großen Blechen für den deutschen Schiffsbau konnten also nur mit großen Opfern hereingebracht werden, und diese Opfer trägt das Syndikat, um nicht die einzelnen Werke zu stark zu belasten. Andere Syndikate unterstützen den Export durch Bonifikationen, die aus der gesammten Produktion aufgebracht werden und dadurch die Aufrechterhaltung großer Betriebe ermöglichen. Kurz, ohne die Syndikate würden Tausende und Abertausende von Arbeitern mehr brodlos sein, als sie es schon jetzt sind. Der Abg. Richter nützt den Arbeitern nichts, wenn er **die Syndikate beschimpft,** sondern er schädigt sie. (Zurufe links.) Gerade weil die Schiffsbleche bei uns zollfrei eingehen, ist der Wettbewerb aus Amerika und England bei uns in dieser Branche so groß. Ihre Zurufe bestätigen also nur, was ich gesagt habe. Nun aber führen einige dieser großen Industrien bis zu 60 und 70 Prozent ihrer Arbeitsprodukte in das Ausland. Eine solche Ausfuhr kann nicht unterbunden werden, ohne die gesammte Industrie schwer zu schädigen und damit unser ganzes Wirthschaftsleben. Wir brauchen also günstige Ausfuhrbedingungen. Diese bekommen wir aber nicht mit Scheu vor dem Auslande (Sehr richtig! in der Mitte), sondern nur mit muthiger Vertheidigung der nationalen Interessen. (Beifall.) Nun zum Mindest- und Höchsttarif! Die Meinungen über diesen Fall sind in den Kreisen meiner politischen Freunde getheilt; der Theil, dem ich angehöre, hält an der Meinung fest, daß **eine derartige gesetzliche Festlegung der Minimaltarife unter Umständen den Abschluß der Handelsverträge unmöglich macht.** (Sehr wahr!) Wir sind aus einem allgemein volkswirthschaftlichen Grunde gegen eine solche Festsetzung, weil ein solcher Zolltarif weder einen Doppeltarif noch einen Einheitstarif darstellt, sondern einen Tarif, **wie ihn bisher noch kein Kulturvolk aufzuweisen hat.** Die Annahme, es sei unmöglich, auf Grund dieser gesetzlichen Festlegung der Minimalzölle für Getreide zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen, wird, wie im Lande, so bei dem bei Weitem größten Theil der Großindustriellen getheilt. Hier trifft nach meiner Meinung das Wort des Fürsten Bismarck zu, das der Abg. Gothein citirte, das Minimum des Einen sei sofort das Maximum des Anderen, das Maximum des Einen das Minimum des Anderen. Die Regierung hat erklärt, worauf mein Freund Paasche schon hingewiesen hat, daß sie mit dieser gesetzlichen Festlegung der Minimalzölle zu Handelsverträgen zu kommen hoffe. Derjenige Theil meiner politischen Freunde, den ich vertrete, meint, daß es mit solchen allgemeinen Redewendungen nicht gethan ist, daß die Regierung vielmehr in der Kommission, vielleicht durch vertrauliche Mittheilungen, uns wird zeigen müssen, daß eine Schädigung der Industrie dadurch ausgeschlossen ist.

Nun noch ein kurzes Wort über den **Wirthschaftlichen Ausschuß.** Nach der Versicherung des Abg. Gothein soll ein Industrieller ihm diesen Wirthschaftlichen Ausschuß als eine **Animirkneipe für höhere Zölle** bezeichnet haben. Aber seit dem Beginn der Thätigkeit des Wirthschaftlichen Ausschusses von der Aufstellung der produktionsstatistischen Frage, worum es sich eigentlich handelt, bis zuletzt, bis zur Festsetzung der Tarifsätze hin ich wiederholt als Gutachter vernommen, und bei allen diesen Gelegenheiten habe ich mich gefreut sowohl über die Unparteilichkeit in der Auswahl der Gutachter als auch über das unparteiliche Verhalten dieser Gutachter. Der Gutachter, der den Ausschuß als Animirkneipe für höhere Zölle bezeichnete, hat ein wirdeloses, taktloses Wort gesprochen. (Rufe links: Oho! Unruhe.) Ich halte es für meine besondere angenehme Pflicht, den Beamten, der diese Vernehmungen mit Umsicht und Sachkenntniß und im Interesse des Reiches geleitet hat, den Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth in Schutz zu nehmen gegen den Vorwurf, daß er sich dort als **Animirdame für höhere Zölle** benommen habe. (Zwischenruf des Abg. **Gothein:** Das hat Niemand behauptet!) Die Rolle die er dort gespielt hat, war die eines tüchtigen und leistungsfähigen deutschen Beamten; die Rolle der Animirdame hat Herr Wermuth nicht gespielt. (Zwischenruf des Abg. **Gothein:** Das habe ich gar nicht gesagt! — Präsident Graf **Ballestrém** bittet, die Zwiegespräche zu vermeiden.) Gegen den Herrn Handelsminister wandte sich der Abg. Dr. Vogel mit der Frage, ob es einen **Herrn oder eine Frau Potiphar** gegeben habe. Der Herr Handelsminister kennt im Gegensatz zum Abg. Dr. Vogel außer der Frau Potiphar auch einen Herrn Potiphar und dachte ihn sich ungefähr in der Rolle des Reichskanzlers, nur daß dieser in der Weltgeschichte weniger bekannt geworden ist als seine geehrte Frau, die dem Handelsminister Joseph in Aegypten ein unkeusches Verhältniß angeboten hatte. Gegen diesen Vergleich braucht man unseren Herrn Reichskanzler nicht in Schutz zu nehmen. Ich glaube, daß der Herr Handelsminister außer in seiner Bibelfestigkeit auch dabei geirrt hat, daß er **zwischen zwei Stühlen sitzt.** Ich glaube, er nimmt nicht diese einigermaßen unbequeme Position ein, sondern die sehr wichtige Position des Mittelcentrums. Die Verhältnisse in der deutschen Industrie sind nicht erfreulich, aber für sie hat es schon eine weit schwierigere Situation gegeben als die heutige, nämlich die **nach Aufhebung der Eisenzölle.** Damals fuhren die Schiffe, die mit englischem Eisen beladen waren, den Rhein hinauf bis Mannheim, während am Rhein, an der Ruhr, in Schlesien, kurz überall unsere Arbeiter aus Mangel an Beschäftigung in Werken zwei Tage in der Woche nicht arbeiteten. Sie hungerten, und weil sie keine Kleidung kaufen konnten, standen auch die Webstühle still. Ein Darniederliegen der ganzen nationalen Produktion trat ein infolge jener unglücklichen Maßregel. Damals zeigte sich der enge Zusammenhang, in dem die ganze nationale Industrie steht, daß kein Glied des industriellen Körpers leiden kann, ohne daß zugleich der ganze Körper leidet. Damals stand auch mancher Landmann vor seinem Untergang, der Zusammenbruch der ganzen nationalen Produktion stand bevor. Damals sprach Fürst Bismarck **das erlösende Wort,** als er 1879 den autonomen Zolltarif schuf; ohne ihn wäre Deutschland nicht zu seinem wirthschaftlichen Aufschwung der folgenden Jahre gekommen. Abg. Schrader hat die Wirthschaftspolitik vom Jahre 1879 eine so schlechte genannt, daß wir uns 1893 entschließen mußten, sie zu ändern; nun, was hätten wir denn 1893 anfangen sollen, wenn wir nicht den autonomen Tarif dieser angeblich schlechten Politik gehabt hätten? Die Waffe zu Handelsverträgen schuf uns erst Fürst Bismarck; **daß sie von den damaligen Unterhändern so schlecht und erfolglos gebraucht wurde** (Lebhafter Beifall rechts), das ist nicht die Folge des Zolltarifes von 1879. (Sehr gut! rechts.) Wie wir uns beim gegenwärtigen Zolltarif an den von 1879 erinnern sollen, so sollten wir uns bei den Handelsverträgen das Beispiel des großen Mannes vor Augen führen, **der nun im Sachsenwalde ruht,** der aber bis zu seinem Ende für die Interessensolidarität aller deutschen Produktion eintrat; wenn wir das thun, werden wir zu guten Handelsverträgen kommen, und die Folge wird sein **Arbeit im Lande, Arbeit für den Pflug und Arbeit für den Webstuhl.** (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Räsicke**-Kaiserslautern (Bund der Landw.):

In der Debatte über den Zolltarif wurde das Zuhören verhältnißmäßig schwer und langweilig, gestehen wir es ein. — (Zuruf des Abg. Singer. Vizepräsident Graf zu Stolberg bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.) Ich bin ja nicht schuld, daß so lange Reden gehalten worden sind, — wenn nicht erheiternde Momente dazwischen gekommen wären. Dazu hat namentlich der Abg. Bräsicke beigetragen; er war nur allein dagegen, daß die landwirthschaftlichen Produkte höhere Preise bekommen; bezüglich der Remonten war er allerdings anderer Meinung. Was der Abg. Bräsicke ausführte, lief zum Theil auf die Logik des Onkel Bräsig hinaus: Die Armuth kommt von der „Powerteck". Er hat es dann so dargestellt, daß diejenigen Landwirthe sich wohl befinden, die ein Gut kaufen —, daß sie die Hälfte baar bezahlen, und die andere Hälfte durch die Heirath einer Frau bezahlt wird. Das kommt auf das alte Wort hinaus: **Wer nichts erheirathet, nichts ererbt, der bleibt ein armes Luder, bis er stirbt.** (Heiterkeit.)

Der Reichskanzler kämpft mit der Waffe des Humors und der Dichtung. Er versteht vorzüglich, zu verspätten, was er denkt. Man weiß nicht genau, was er will. Was sein Wort für uns bedeutet, will ich verschieben, festzustellen, bis die Tarifvorlage in einer uns annehmbaren Form vorliegt. Die Regierung hat lange Zeit Versprechung auf Versprechung der Landwirthschaft gegeben. Wenn der Reichskanzler spricht, so hat man aber immer den Eindruck, **daß hinter ihm der Schalk steht, der spricht: Du kennst mein Herz noch lange nicht!** Wir müssen deshalb nach wie vor Gewicht legen nicht auf die Reden, sondern **auf die That.** Dazu gehen uns auch die Ausführungen der anderen Regierungsvertreter Veranlassung, die die Nothwendigkeit des Abschlusses von Handelsverträgen betonten. Nicht die Handelsverträge sind unter allen Umständen nothwendig, sondern Regelung unserer Zollverhältnisse in einer unserem Wirthschaftsleben zuträglichen Weise. Also nicht um die Nothwendigkeit, sondern um die Möglichkeit der Handelsverträge handelt es sich. Man steht heute vielfach noch **unter dem Zwange Capriolischer Gedanken,** weil eine wesentliche falsche Auffassung über die Wirkung der Handelsverträge herrscht. Die Ursachen der Handelsverträge waren politische, nicht wirthschaftliche Momente. Um dieses politischen Zweckes willen gab man die Landwirthschaft preis, man hat sie verkauft. Es ist nicht wahr, daß die Handelsverträge den Aufschwung unserer Industrie hervorgebracht haben. In erster Linie hat ihn die Zollgesetzgebung von 1879 bewirkt; dann aber war es die Nothwendigkeit, infolge der vorgeschrittenen Technik die maschinellen Einrichtungen zu ändern und neue zu schaffen, die Vermehrung von Heer und Marine und endlich die Erweiterung der Verkehrswege. Daß nicht die Handelsverträge den Aufschwung der Industrie verursacht haben, beweist doch England, dessen Aufuhr ebenfalls gestiegen ist. Wenn die Handelsverträge den Aufschwung unserer Industrie bewirkt hätten, hätte sich auch unsere Ausfuhr gerade gegenüber den Vertragsstaaten vermehren müssen; das war aber nicht mehr der Fall als gegenüber anderen Staaten. (Widerspruch des Abg. Gothein.) Der **verstorbene Abg. Siemens** huldigte auch solchen Anschauungen; er hat sich aber auf manchem Gebiet nachher **zum Agrarier verwandelt;** ich will hoffen, daß sein Nachfolger im Handelsvertragsverein sich ihm darin anschließt.

In weiten Kreisen gewinnt man die Ueberzeugung, daß wir auf die Dauer **mit Unterbilanz nicht arbeiten** können. Unterbilanz schadet allerdings, aber wenn man sie nur bezahlen kann. Das können wir thatsächlich nicht, wenn wir unsere bisherige Politik fortsetzen.